

Kommunale Demokratie neu denken!

Diskussion von Thesen der Teilnehmenden

Arbeitsgruppen am Freitag, den 23.09.2022

1. Demokratie braucht die jungen Generationen

- Junge Menschen müssen auf Augenhöhe beteiligt werden.
- Demokratie muss Teil der Alltagserfahrung von Jugendlichen werden... in Familie, Schule und Jugendarbeit.

Wolfgang Fänderl

2. Zentrale Rolle der aktiven – und aktivierbaren – Einwohnerschaft

Die – aktive und noch aktivierbare – Einwohnerschaft ist ein wesentlicher kommunaler Akteur, wenn es um den Zusammenhalt und die Offenheit des Gemeinwesens, um die Bewältigung von Zukunftsherausforderungen, um Resilienz und nicht zuletzt um die Stärkung der (kommunalen) Demokratie geht.

Dies geht über die Teilnahme an Wahlen hinaus. Bürgerinitiative, Widerspenstigkeit und Streiten für Stabilität oder Wandel zugunsten der Menschen in der Kommune – und darüber hinaus – stärkt unsere Demokratie. Dies muss vielerorts von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung erst noch erkannt und in praktisches Handeln und Entscheiden umgesetzt werden.

Dieter Schöffmann

3. Minimum-Etat für Bürgerbeteiligung & Demokratieförderung auf allen Verwaltungsebenen

Deutschland braucht einen Minimum-Etat in allen Verwaltungsebenen von 2%, der für Bürgerbeteiligung & Demokratieförderung eingesetzt werden muss. Auf Bundesebene und auf kommunaler Ebene können hiermit Beteiligungsverfahren oder Angebote für Schulen usw. finanziert werden. Wenn die NATO fordern kann, dass 2% für Rüstung ausgegeben werden, dann sollten wir fordern, dass mindestens das Gleiche für Demokratieförderung ausgegeben wird, insbesondere, weil Beteiligung dauerhafte Ressourcen braucht. So kann sich dann wirklich jede Stadt Partizipationsbeauftragte oder Demokratiebeauftragte leisten, weil es zur »Grundausrüstung« gehört und nicht zu den freiwilligen Aufgaben.

Linus Strothmann

4. Mehr Zufallsauswahl auf nachbarschaftlicher und kommunaler Ebene

Bisher sind Beteiligungsangebote vielfach auf bestimmte Zielgruppen fokussiert. Es braucht mehr Zufallsauswahl von Teilnehmenden auf nachbarschaftlicher und kommunaler Ebene, denn damit werden die Kompetenzen unterschiedlicher Menschen zusammengebracht.

Jana Peters

5. Potential bürgerschaftlicher Strukturen nutzen & Partizipation als Teil der repräsentativen Demokratie

- Unser Staat wird bei wichtigen Zukunftsaufgaben scheitern, wenn er das Potential bürgerschaftlicher Strukturen weiterhin nur wenig nutzt.
- Partizipative Demokratie will die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern sie ergänzen und stärken.

Thorsten Mehnert

Weitere Thesen – werden nicht in Kleingruppen diskutiert

6. Kommune als Ort für demokratische Alltagserfahrung

- Die Kommune als Polis ist der passende Rahmen für demokratische Alltagserfahrung. Nutzen wir sie dafür.

Wolfgang Fänderl

7. Bürgerbeteiligung muss inklusiv sein

- Beteiligung führt nicht zu Demokratie, wenn wir die Außenseiter/innen der Gesellschaft nicht erreichen.
- Beteiligungsmethoden müssen inklusiv wirken und ALLE willkommen heißen, um Demokratie zu fördern.

Wolfgang Fänderl

8. Aufsuchende und losbasierte Beteiligungsformate sind wichtig

Politiker/innen vertreten heute nicht mehr dezidierte Gruppen, aus denen sie auch stammen. Die Gesellschaft ist so fragmentiert, dass das Parlament kein Abbild der Gesellschaft mehr sein kann. Daher ist es notwendig, dass sich Politiker/innen regelmäßig Feedback aus der Bevölkerung holen, insbesondere von Menschen, zu denen der Kontakt nicht einfach ist. Hierfür sind aufsuchende und losbasierte Beteiligungsformate wichtig.

Linus Strothmann

9. Altersgrenzen müssen gut begründet werden

Wir schließen bei Wahlen bewusst Menschen unter einem bestimmten Alter aus. Dies ist gut begründet. In Beteiligungsverfahren lässt sich nicht begründen warum junge Menschen regelmäßig ausgeschlossen werden, wie z.B. bei Losverfahren, die erst ab 16 beginnen, obwohl sie lediglich beratenden Charakter haben. Und das nur, weil wir die Tools noch nicht entwickelt haben, um z.B. mit jüngeren Kindern zu arbeiten. In jedem Beteiligungsverfahren sollte es Pflicht sein, dass ein Ausschluss nach Altersgrenze gut begründet werden muss.

Linus Strothmann